



FORUMRECHT

Das rechtspolitische Magazin für
Uni und soziale Bewegung

AutorInnenaufruf für das Heft 2/2009 mit dem Themenschwerpunkt **„60 Jahre Grundgesetz, 60 Jahre Demokratie“**

Redaktionsschluss: 30. Januar 2009

Ansprechpartner: John Philipp Thurn (redaktion@forum-recht-online.de)

Liebe AutorInnen, liebe LeserInnen,

im Jahr 2009 wird viel zurückgeblickt werden auf die Geschichte der Republik und ihrer Verfassung. Auch wir wollen – wie zuletzt 1999 – unser Heft diesem Themenfeld widmen, allerdings ohne dabei in den zu erwartenden allgemeinen Jubel einzustimmen. Klar dürfte sein: So sehr das Grundgesetz als verfassungsrechtliche Errungenschaft gegenüber gesetzgeberischen wie interpretatorischen Rückschritten in Schutz zu nehmen ist, so wenig verfasst es die beste aller möglichen Welten. Unser Heft soll sich schwerpunktmäßig mit der *Demokratie* nach 60 Jahren Grundgesetz beschäftigen – wobei Artikel zu anderen Unterthemen auch gerne willkommen sind.

Lange Zeit hat sich die Linke mit dem grundgesetzlichen Parlamentarismus kritisch auseinandergesetzt. Aus radikaldemokratischer Perspektive, beispielsweise in Johannes Agnolis „Transformation der Demokratie“ (1967), wurde und wird die Möglichkeit von Demokratie im Kapitalismus grundlegend in Frage gestellt. Die Zeiten aber, in denen die Räte­demokratie gefordert oder in großem Stil Modelle zur Demokratisierung von Familien, Schulen, Universitäten und Arbeitsstätten diskutiert wurden, scheinen vorbei zu sein. Trotzdem wollen sich noch immer nicht alle damit abfinden, dass Demokratie auf die periodische Auswahl des wenig heterogenen Regierungspersonals beschränkt bleibt. Beispielsweise werden auf kommunaler und Landesebene Volksentscheide organisiert – wobei der Umgang mit erfolgreichen Plebisziten häufig dokumentiert, dass gesellschaftliche Partizipation den VertreterInnen des Repräsentativsystems eher ungelegen kommt. Auf der anderen Seite müssen sich auch Linke fragen, wie mit rassistischen oder reaktionären Forderungen „aus dem Volk“ umzugehen ist.

Noch immer sind in Deutschland längst nicht alle Menschen überhaupt wahlberechtigt, die von Maßnahmen der Staatsgewalt dauerhaft betroffen sind: Der Ausschluss aller AusländerInnen vom Wahlrecht war dem Bundesverfassungsgericht zufolge sogar grundgesetzlich vorgeschrieben – bis mit Hilfe der Europäischen Union wenigstens das allgemeine Kommunalwahlrecht eingeführt werden durfte. Weniger eindeutig dürfte sein, wie die verschiedenen Vorschläge zur Einführung des Wahlrechts für Kinder (bzw. deren Eltern) zu beurteilen sind.

Viel offenkundiger als etwa noch zum Dreißigsten oder Vierzigsten Geburtstag des Grundgesetzes ist heute der Befund, dass die Bedingungen für demokratische Mitbestimmung in der globalisierten Weltwirtschaft ungleich schwieriger geworden sind – das Argument des „Standortwettbewerbs“ zwischen den Nationen erleichtert die Durchsetzung der Kapitalinteressen. Auch die vergleichsweise fortgeschrittenen supranationalen Strukturen der Europäischen Union sind der Sache nach ein (großer) demokratischer Rückschritt gegenüber dem Grundgesetz. Der zunächst als Verfassungsvertrag konzipierte „Vertrag von Lissabon“ wirft sogar erneut die Frage auf, ob oder inwieweit eine Aushöhlung der staatlichen Souveränität der BRD mit der grundgesetzlichen Demokratie vereinbar ist – bzw. ob jedenfalls zum Ausgleich demokratischere europäische Institutionen nötig sind.

In der nächsten Ausgabe von **FORUMRECHT** könnten neben den bereits angesprochenen beispielsweise auch folgende Fragestellungen thematisiert werden:

- ☞ Radikaldemokratie(-theorie) heute – lokal, national, international
- ☞ Geschichte der Demokratie
- ☞ Was wollen output-orientierte Demokratiemodelle?
- ☞ Parteiverbote und andere Schikanen – „Wehrhaftigkeit“ als Gefahr für die Demokratie?
- ☞ (Inlands-)Geheimdienste in der Demokratie
- ☞ Freier Diskurs in der vermachteten Öffentlichkeit?
- ☞ Die neuen Versammlungsgesetze und der Abbau des demokratischsten Grundrechts
- ☞ Demokratie und Verfassungsgerichtsbarkeit
- ☞ Feministische Demokratie(-kritik)
- ☞ (Un-)Demokratisches Wahlrecht: „negatives Stimmgewicht“, ungleiche Wahlkreise, 5%-Klauseln – bald nicht einmal mehr Verhältniswahl?
- ☞ Netzdemokratie: Das Internet als demokratische Chance?
- ☞ „Bürgerhaushalte“ und andere partizipative Instrumente

Wie gesagt sind wir daneben natürlich auch an Artikeln zu anderen Themen rund um „60 Jahre Grundgesetz“ interessiert. Euch, liebe AutorInnen, möchten wir aufrufen, uns bei der Erarbeitung dieses Schwerpunktes mit Beiträgen zu unterstützen oder diesen Aufruf weiterzuleiten. Gleichzeitig wollen wir auch Interessierte zu einer Erstveröffentlichung in **FORUMRECHT** ermuntern.

Der Redaktionsschluss ist Freitag, der 30. Januar 2008. Zur besseren Koordination (etwa um Themenüberschneidungen zu vermeiden) möchten wir unsere VerfasserInnen bitten, die Artikelvorschläge baldmöglichst anzumelden unter redaktion@forum-recht-online.de.

Vielen Dank und solidarische Grüße

Eure Redaktion von **FORUMRECHT**